

Ressort: Politik

Richterbund: Rechtsstaat ohne weitere Stellen "ernsthaft in Gefahr"

Berlin, 12.02.2018, 14:53 Uhr

GDN - Der Deutsche Richterbund hält die im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten 2.000 zusätzlichen Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen für dringend notwendig. "Wenn diese kommen, besteht wieder Hoffnung. Wenn nicht, ist der Rechtsstaat ernsthaft in Gefahr", sagte Jens Gnisa, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, der "Welt" (Dienstagsausgabe).

"Wir stehen an einem Scheidepunkt. Die Politik hat die Justiz jahrelang vernachlässigt. Sie steht jetzt in der Pflicht, die Defizite der Vergangenheit auszugleichen", sagte Gnisa weiter. Vor allem in Berlin, im Saarland und in Baden-Württemberg seien die Staatsanwaltschaften deutlich überlastet. "Die Berliner Justiz steht kurz vor einer Bankrotterklärung", so der Richterbund-Vorsitzende. Er habe den Eindruck, dass viele reisende Täter sich die Überlastungssituation gezielt zunutze machten.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-101979/richterbund-rechtsstaat-ohne-weitere-stellen-ernsthaft-in-gefahr.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com